

**No. 28479**

---

**AUSTRIA  
and  
REPUBLIC OF KOREA**

**Agreement for the encouragement and protection of investments. Signed at Vienna on 14 March 1991**

*Authentic texts: German, Korean and English.*

*Registered by Austria on 21 November 1991.*

---

**AUTRICHE  
et  
RÉPUBLIQUE DE CORÉE**

**Accord relatif à l'encouragement et à la protection des investissements. Signé à Vienne le 14 mars 1991**

*Textes authentiques : allemand, coréen et anglais.*

*Enregistré par l'Autriche le 21 novembre 1991.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
REPUBLIK KOREA ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN  
SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE  
REPUBLIK KOREA,

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, die  
wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen  
Vorteil beider Staaten zu verstärken:

IN DEM BESTREBEN, günstige Voraussetzungen  
für Investitionen von Investoren einer Vertrags-  
partei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei  
zu schaffen:

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung  
und der Schutz von Investitionen auf der Basis des  
vorliegenden Abkommens geschäftliche Privatin-  
terventionen auf diesem Gebiet anregt,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

## Artikel 1

## Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermö-  
genswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließ-  
lich:

- a) bewegliches und unbewegliches Eigentum  
sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypo-  
theken, Pfandrechte, Zurückbehaltungs-  
rechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Aktien und andere Arten von Beteiligungen  
an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das gegeben wurde, um  
einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder  
Ansprüche auf eine Leistung, die einen  
wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie  
Erfinderpatente, Handelsmarken, gewerbliche  
Muster und Gebrauchsmuster, technische  
Verfahren, Know-how, Handelsnamen und  
Goodwill;
- e) öffentlichrechtliche Konzessionen für die  
Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung  
von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf  
die Vertragsparteien:

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften besitzt

und im Hoheitsgebiet der anderen Vertrags-  
partei eine Investition tätigt;

- b) jede juristische Person oder Personengesell-  
schaft des Handelsrechts, die in Übereinstim-  
mung mit den Rechtsvorschriften einer  
Vertragspartei errichtet wurde, ihren Sitz im  
Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und  
im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei  
eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Ertrag“ diejenigen  
Beträge, die eine Investition erbringt, und umfaßt  
insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne,  
Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen,  
Lizenzgebühren und andere ähnliche Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die  
Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit  
gleicher Wirkung.

## Artikel 2

## Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit  
in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren  
der anderen Vertragspartei, laßt diese in Überein-  
stimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und  
behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge  
genießen den vollen Schutz dieses Abkommens.  
Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des  
Absatzes 1, im Falle ihrer Wiederveranlagung auch  
für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung,  
Veränderung oder Umwandlung einer Investition  
gelten als neue Investition.

## Artikel 3

## Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der  
anderen Vertragspartei und deren Investitionen, wie  
auch die daraus erzielten Erträge nicht weniger  
günstig als Investitionen und Erträge der Investoren  
der Vertragspartei oder eines Drittstaates.

(2) Jede Vertragspartei gewährt in ihrem  
Hoheitsgebiet Investoren der anderen Vertragspar-  
tei im Bezug auf Verwaltung, Gebrauch, Nutzung  
oder Verfügung ihrer Investitionen eine Behand-  
lung, die gerecht und billig und nicht weniger

gunstig ist als jene, die sie ihren eigenen Investoren oder den Investoren eines Drittstaates gewährt.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, eine nicht weniger günstige Behandlung zu gewähren als sie den Investoren eines Drittstaates und deren Investitionen eingeräumt wurde, können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer internationalen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

#### Artikel 4

##### Enteignung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder bevorstehende Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, verzinst werden; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als ihre eigene Gesellschaft anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe und die Zahlungsmodalitäten der Entschädigung

entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

#### Artikel 5

##### Rückführung und Transfer von Kapital und Erträgen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

(3) Die Wechselkurse werden von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerechtfertigt und angemessen sein.

#### Artikel 6

##### Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die zweitgenannte Vertragspartei erkennt auch das Eintrittsrecht der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche diese Vertragspartei im selben Umfang ausüben kann wie der frühere Anspruchsberechtigte. Für den

Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund des Eintrittsrechtes zu leistenden Zahlungen gegen Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

#### Artikel 7

##### Anderere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewährt ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei im Bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 8

##### Meinungsverschiedenheiten aus Investitionen

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese, so weit wie möglich, zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine solche Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten vom Zeitpunkt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, welches durch die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten<sup>2)</sup> geschaffen wurde, vorgelegt. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten und den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß das innerstaatliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden ist.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bezüglich einiger oder aller seiner Verluste eine Entschädigung erhalten hat.

#### Artikel 9

##### Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: Jede Vertragspartei bestellt je ein Mitglied, und diese beiden Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, seine Funktion wahrzunehmen, so kann der Vizepräsident oder, im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein

anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; die Entscheidung ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seiner Entscheidung eine andere Kostenregeiung treffen.

#### Artikel 10

##### Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

#### Artikel 11

##### Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft,

der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen zwölf Monate vor seinem Ablauf schriftlich kündigt.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 14. März 1991, in zwei Urschriften, jede in deutscher, koreanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist. Bei unterschiedlicher Auslegung der Wortlaute dieses Abkommens hat der englische Wortlaut Vorrang.

Für die Republik  
Österreich:

Dr. ALOIS MOCK

Für die Republik  
Korea:

CHANG-CHOON LEE

## [KOREAN TEXT — TEXTE CORÉEN]

오스트리아공화국과 대한민국간의  
투자의 증진 및 보호에 관한 협정

오스트리아공화국과 대한민국(이하 "계약당사국"이라 한다)은,

양국간 호혜적인 경제협력을 강화하기를 희망하고,

일방 계약당사국의 투자자에 의한 타방 계약당사국 영역안에서의 투자를 위한 유리한 조건을 조성하기를 희망하며,

이 협정의 기초하에 투자의 증진 및 보호가 이 분야의 각개 기업의 장의를 촉진시킨다는 것을 인식하여,

다음과 같이 합의하였다.

제 1 조  
정 의

이 협정의 목적상

가. "투자"라 함은 모든 자산을 포함하며, 아래에 국한되는 것은 아니나, 특히 다음에 열거된 것을 포함한다.

- (1) 저당권, 유치권, 질권, 용익권 및 유사권리등 기타 물권적 권리와 동산 및 부동산
- (2) 사업의 지분 및 기타 참여형태
- (3) 경제적 가치를 창출하기 위하여 제공된 금전에 대한 청구권 또는 경제적 가치를 지닌 행위에 대한 청구권

- (4) 저작권 및 발명특허권, 상표권, 공업의장권, 실용신안권, 기술공정, 노우하우, 상호권, 영업권등 산업재산권
- (5) 천연자원의 탐사, 수출 또는 개발을 위하여 공법에 의거하여 부여되는 사업양허권

나. "무자자"라 함은 각 계약당사국에 있어서

- (1) 각 계약당사국의 법령에 의거하여 각 계약당사국의 국민으로서 타방 계약당사국의 영역안에서 무자물 행하는 자연인
- (2) 각 계약당사국의 영역안에 위치하고 타방 계약당사국의 영역 안에서 무자물 행하는, 각 계약당사국의 법령에 의거하여 설립된 법인 또는 상업조합등을 말한다.

다. "수익"이라 함은 무자에 의하여 얻은 금액을 말하며, 다음에 국한되는 것은 아니나, 특히 이윤, 이자, 자본이득, 배당금, 사용료, 특허사용료 및 기타 수수료를 포함한다.

라. "수용"이라 함은 국유화 또는 이와 동일한 효과를 지닌 기타 조치물 포함한다.

## 제 2 조

### 무자의 증진 및 보호

1. 각 계약당사국은 자국의 영역안에서, 가능한 한 타방 계약당사국의 무자자에 의한 무자물 촉진하고, 자국의 법규정에 따라 그러한 무자물 허용하며, 여하한 경우에도 무자에 대하여 공평하고 공정한 대우를 부여한다.

2. 본조 1항에 의하여 허용된 무자와 그 수익은 이 협정상의 완전한 보호를 향유한다. 이러한 보호는 본조 1항의 규정에 영향을 미치지 아니하고 이러한 수익의 채무자에 의하여 발생하는 수익에 대하여서도 동등히 적용된다. 무자의 합법적인 확대, 변경 및 이전은 새로운 무자로 간주된다.

## 제 3 조

## 부자의 대우

1. 각 계약당사국은 타방 계약당사국의 부자자와 그 부자 및 그에 따른 수익에 대하여 자국 또는 제 3국의 부자자의 부자 및 수입에 부여하는 것보다 불리하지 아니한 대우를 부여한다.

2. 각 계약당사국은 자국의 영역안에서 타방 계약당사국의 부자자에게 그들이 행한 부자의 관리, 사용, 항유 또는 처분에 대하여 공정하고 공평한 대우를 부여하며, 자국 또는 제 3국의 부자자에게 부여하는 것보다 불리하지 아니한 대우를 부여한다.

3. 제 3국의 부자자 및 그들의 부자에 대하여 부여하는 것보다 불리하지 아니한 대우의 부여에 관한 이 협정의 조항은 아래의 것에 의하여 일방 계약 당사국이 부여할 수 있는 여하한 대우, 복역 또는 복권의 현재 또는 미래의 혜택을 타방 계약당사국의 부자자나 그들의 부자에 대하여도 동 일방 계약당사국이 부여하여야 하는 것으로 해석되지 아니한다.

가. 여하한 관세동맹, 공동시장, 자유무역지대 또는 경제공동체의 당사국

나. 과세에 관한 여하한 국제협정이나 국제약정 또는 국내입법

다. 국경교역운 촉진하는 여하한 규정

## 제 4 조

## 수 용

1. 각 계약당사국의 부자자가 행한 부자는 적절한 법적 절차에 따른 공공의 목적을 위하지 아니하거나 보상없이 타방 계약당사국의 영역안에서 수용되지 아니한다. 상기 보상은 실제 또는 임박한 조치가 일반에게 알려지기 직전 시점에서의, 수용된 부자의 실제가치에 상당하여야 한다. 보상은 부당한



지체없이 지급되어야 하며 부자가 행하여진 국가의 통상 은행이자운에 의한, 지급시까지의 이자를 포함하여야 하는바, 이는 유효하게 현금화되어야 하며 또한 자유로이 송금될 수 있어야 한다. 이러한 보상의 결정 및 지급에 관한 규정은 수용시점 이전에 적절히 이루어져야 한다.

2. 일방 계약당사국이 이 협정 제1조 나항에 의거하여 자국의 회사로 간주되고 타방 계약당사국의 부자자가 지분을 보유하는 회사의 자산을 수용하는 경우에 동 부자자에게 적절한 보상을 보장하기 위하여 본조 1항의 규정을 적용한다.

3. 부자자는 수용을 행한 일방 계약당사국의 관할당국으로 하여금 수용의 적법성에 대한 심사를 청구할 수 있는 권리를 갖는다.

4. 부자자는 이 협정 제8조의 규정에 따라 수용을 행한 계약당사국의 관할당국이나 국제중재재판소로 하여금 보상금 지급액수 및 지급규정에 대한 심사를 청구할 수 있는 권리를 갖는다.

## 제 5 조

### 자본과 수익의 회수 및 송금

1. 각 계약당사국은 아래에 국한되는 것은 아니나, 특히 다음에 언급되는 부자와 관련된 지급에 대하여 타방 계약당사국의 부자자에게 부당한 지체없이 자유재판성통회에 의한 자유로운 송금을 보장하여야 한다.

- 가. 자본금 및 부자의 유지 또는 확대를 위한 추가금액
- 나. 부자의 관리에 관련된 경비에 상당되는 금액
- 다. 수익
- 라. 차관의 상환자금
- 마. 부자의 전면적 또는 부분적 정산이나 매각에 따른 수익금
- 바. 이 협정 제4조 제1항에 따른 보상금

2. 본조에 언급된 총금은 총금당일에 통용되는 환율에 의하여 시행된다.

3. 환율은 각 계약당사국 영역안의 은행체계에 의하여 결정된다.  
은행수수료는 공정하고 공평하여야 한다.

## 제 6 조

### 대 위

인방 계약당사국 또는 그에 의하여 인정된 기관이 타방 계약당사국 영역안에서의 부자와 관련하여 부여한 보증에 따라 자국의 부자자에게 지급조치를 행할 경우, 타방 계약당사국은, 이 협정 제8조에 의거한 전기 계약당사국 부자자의 권리와 이 협정 제9조에 의거한 전기 계약당사국의 권리를 훼손함이 없이, 법에 의하거나 또는 법적 거리에 따른 등 부자자의 모든 권리와 청구권이 전기 계약당사국에게 양도됨을 인정한다. 타방 계약당사국은 또한 전기 계약당사국에 대하여 등 계약당사국이 권원에 있어 자신의 전임자와 동일한 수준으로 주장할 수 있는 어떠한 권리 또는 청구권에 대하여서도 대위를 인정하여야 한다. 그러한 양도에 의하여 관련 당사국에 대하여 지급되는 금액의 총금에 관하여는 이 협정의 제4조와 제5조가 필요한 변경을 거쳐 적용된다.

## 제 7 조

### 기 타 의 무

1. 각 계약당사국의 법규청 또는 이 협정에 추가하여 양 계약당사국간 현존하는 혹은 향후 성립될 국제의무가, 타방 계약당사국의 부자자에 의한 부자에 대하여 일반적인 것이든 특별한 것이든 이 협정에서 규정하는 것보다 더 유리한 대우를 부여하는 규정을 포함하고 있는 경우, 동 규정은 이 협정보다 유리한 한 이 협정에 우선한다.

2. 각 계약당사국의 자국의 영역 안에서 각 계약당사국이 허가한 무자와 관련하여 타방 계약당사국의 무자자에 대한 모든 계약상 의무를 준수하여야 한다.

## 제 8 조

### 무자본쟁 해결

1. 일방 계약당사국과 타방 계약당사국의 무자자간에 무자에 관하여 발생하는 어떠한 분쟁도 가능한 한 분쟁당사자간에 우호적으로 해결되어야 한다.

2. 본조 1항에 의한 분쟁이, 충분히 기술된 이의 재기의 서면통고이후 3월이내에 해결되지 못할 경우 동 분쟁은 계약당사국 또는 타방 계약당사국의 무자자의 요청에 의거하여, 1965년 3월 18일 워싱턴에서 서명을 위하여 개방된 국가와 타방국가 국민간의 무자본쟁의 해결에 관한 협약에 의하여 설립된 무자본쟁의 해결을 위한 국제본부에 조정 또는 중재를 위하여 회부된다. 중재의 경우 각 계약당사국은 이 협정에 의하여 취소한이 없이, 계약당사국과 무자자간에 기법적인 중재합의가 없는 경우에도, 이러한 무자본쟁을 동 본부에 회부하며 판정 결과에 구속될 것을 사전에 합의한다. 이러한 합의는 국내행정, 사법적 구제 절차 완료 요건의 포기됨 의미한다.

3. 동 본부의 판정은 최종적이고 구속력이 있으며 국내법에 따라 이행되어야 한다. 각 계약당사국은 관계 법규정에 따라 중재판정의 인정과 집행을 보장하여야 한다.

4. 분쟁당사자인 일방 계약당사국은, 분쟁의 조정, 중재절차 또는 판정 집행의 어떠한 단계에서도, 타방 분쟁당사자인 무자자가 부분 또는 전 손실에 대하여 보증에 따른 보상금을 수령하는 것에 대하여 이의를 제기하지 아니한다.

## 제 9 조

## 제약당사국간 분쟁

1. 이 협정의 해석 또는 적용에 관한 제약당사국간의 분쟁은 가능한 한 우호적인 교섭을 통하여 해결한다.
2. 본조 1항의 분쟁이 6월이내에 해결되지 아니한 경우, 동 분쟁은 일방 제약당사국의 요청에 따라 중재재판소에 회부된다.
3. 상기 중재재판소는 아래의 방법으로 임시적으로 구성된다. 각 제약당사국은 각각 1인의 재판관을 임명하고 동 2인의 재판관은 제 3국인을 재판장으로 할 것에 동의한다. 상기 재판관들은 일방 제약당사국이 타방 제약당사국에게 분쟁을 중재재판소에 회부할 의향이 있음을 통고한 날로부터 2월 이내에 임명되며, 재판장은 그후 2월 이내에 임명된다.
4. 본조 3항에 규정된 기한이 준수되지 않을 경우, 각 제약당사국은 별도의 관련합의가 없더라도 국제사법재판소 소장에게 필요한 임명을 행하도록 요청할 수 있다. 국제사법재판소 소장이 어느 일방 제약당사국 국민이거나 다른 이유로 인하여 상기 임무를 수행할 수 없을 경우에는 부소장이 필요한 임명을 행하며, 부소장이 임무를 수행할 수 없을 경우에는 차상급 재판관이 같은 조건하에서 필요한 임명을 행할 수 있도록 하여야 한다.
5. 중재재판소는 그 자체의 절차를 규정한다.
6. 중재재판소는 이 협정 및 일반적으로 인정된 국제법 원칙에 따라 결정을 내린다. 동 결정은 다수결에 의하여 최종적이며 구속력이 있다.
7. 각 제약당사국은 자국이 임명한 재판관과 중재절차에서의 자국 법률 대표의 비용을 부담한다. 재판장의 비용과 여타비용은 양 제약당사국이 균등하게 부담한다. 그러나 동 재판소는 그 결정으로 비용에 관하여 다른 배분을 결정할 수 있다.

## 제 10 조

## 협정의 적용

이 협정은 이 협정의 발효이전 및 이후에 타방 계약당사국의 부자자에 의하여 일방 계약당사국의 법령에 따라 일방 계약당사국의 영역안에 행하여진 부자에 대하여 적용된다.

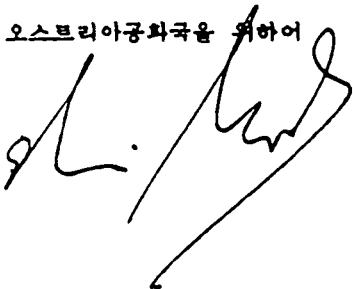
## 제 11 조

## 발효 및 존속

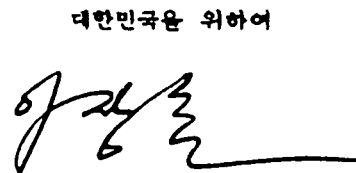
1. 이 협정은 비준을 조건으로 하며, 비준서가 교환된 날짜가 속한 원도부터 세번째 잎의 초일부터 발효한다.
2. 이 협정은 10년간 유효하며 일방 계약당사국이 협정만료일 12월 이전에 종료의사문 서면 통고하지 아니하는 한 계속 연장된다.
3. 이 협정종료일 이전에 행하여진 부자에 대하여 이 협정 제1조부터 제10조까지의 규정은 이 협정 종료일부터 10년간 계속 유효하다.

1991년 3월 14일: 비에나에서, 동등히 정본인 독일어, 한국어, 영어로 각각 2부씩 작성하였다. 해석상의 상위기 있을 경우에는 영어본이 우선한다.

오스트리아공화국을 위하여



대한민국을 위하여



## AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF KOREA FOR THE ENCOURAGEMENT AND PROTECTION OF INVESTMENTS

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
REPUBLIC OF KOREA

hereinafter referred to as "Contracting Parties"

DESIRING to intensify economic cooperation to  
the mutual benefit of both countries;

INTENDING to create favourable conditions  
for investments by investors of one Contracting  
Party in the territory of the other Contracting Party;

RECOGNIZING that the encouragement and  
protection of investments on the basis of the present  
Agreement stimulates the individual business  
initiative in this field,

HAVE AGREED AS FOLLOWS.

### Article 1 Definitions

For the purpose of this Agreement

(1) the term "investment" comprises all assets and  
in particular, though not exclusively:

- a) movable and immovable property as well as  
any other rights in rem such as mortgages,  
liens, pledges, usufructs and similar rights;
- b) shares and other types of participations in  
undertakings;
- c) claims to money that has been given in order  
to create an economic value or claims to any  
performance having an economic value;
- d) copyrights, industrial property rights such as  
patents for inventions, trademarks, industrial  
designs and utility models, technical proces-  
ses, know-how, trade names and goodwill;
- e) business concessions under public law to  
search for, extract or exploit natural resour-  
ces.

(2) the term "investor" means in respect of either  
Contracting Party

- a) any natural person who is a national of either  
Contracting Party in accordance with its laws  
and regulations and makes an investment in  
the other Contracting Party's territory;
- b) any juridical person or commercial partner-  
ship constituted in accordance with the laws  
and regulations of either Contracting Party,

having its seat in the territory of this  
Contracting Party and making an investment  
in the other Contracting Party's territory.

(3) the term "return" means the amounts yielded  
by an investment, and in particular, though not  
exclusively, includes profits, interests, capital gains,  
dividends, royalties, licence and other fees.

(4) the term "expropriation" also comprises the  
nationalization or any other measure having  
equivalent effect.

### Article 2

#### Promotion and Protection of Investments

(1) Each Contracting Party shall in its territory  
promote, as far as possible, investments of investors  
of the other Contracting Party, admit such  
investments in accordance with its legislation and in  
any case accord such investments fair and equitable  
treatment.

(2) Investments admitted according to paragraph  
(1) and their returns shall enjoy the full protection  
of the present Agreement. The same applies without  
prejudice to the regulations of paragraph (1) also for  
their returns in case of reinvestment of such returns.  
The legal extension, alteration or transformation of  
an investment is considered to be a new investment.

### Article 3

#### Treatment of Investments

(1) Each Contracting Party shall accord to  
investors of the other Contracting Party and their  
investments, as also the returns therefrom, treatment  
no less favourable than that accorded in respect of  
the investments and returns of the investors of the  
Contracting Party or of any third State.

(2) Each Contracting Party shall in its territory  
accord to investors of the other Contracting Party as  
regards the management, use, enjoyment or disposal  
of their investments, treatment which is fair and  
equitable and not less favourable than that which it  
accords to its own investors or to the investors of  
any third State.

<sup>1</sup> Came into force on 1 November 1991, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Seoul on 30 August 1991, in accordance with article 11 (1).

(3) The provisions of this Agreement relative to the granting of treatment not less favourable than that accorded to the investors of any third State and their investments shall not be construed as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

- a) any customs union, common market, free trade area or membership in an economic community;
- b) any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation;
- c) any regulation to facilitate the frontier traffic.

#### Article 4

##### Expropriation

(1) Investments of investors of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for a public purpose by due process of law and against compensation. Such compensation shall amount to the actual value of the investment expropriated immediately preceding the time in which the actual or impending measure became public knowledge. The compensation shall be paid without undue delay and shall carry the usual bank interest of the country in which the investment was made until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provisions for the determination and payment of such compensation shall be made in an appropriate manner not later than at the moment of the expropriation.

(2) Where a Contracting Party expropriates the assets of a company which is considered as its own company pursuant to paragraph (2) of Article 1 of the present Agreement and in which an investor of the other Contracting Party owns shares, it shall apply the provisions of paragraph (1) so as to ensure due compensation to this investor.

(3) The investor shall be entitled to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation.

(4) The investor shall be entitled to have the amount and the provisions for the payment of the compensation reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation or by an international arbitral tribunal according to Article 8 of the present Agreement.

#### Article 5

##### Repatriation and transfer of capital and returns

(1) Each Contracting Party shall guarantee without undue delay to investors of the other Contracting Party free transfer in freely convertible currency of payments in connection with an investment, in particular but not exclusively, of

- a) the capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;
- b) amounts assigned to cover expenses relating to the management of the investment;
- c) the returns;
- d) the repayment of loans;
- e) proceeds from total or partial liquidation or sale of the investment;
- f) compensation according to Article 4 paragraph (1) of the present Agreement.

(2) The transfers referred to in this Article shall be effected at the exchange rates prevailing on the day of the transfer.

(3) The rates of exchange shall be determined by the respective banking system in the territory of each of the Contracting Parties. The bank charges shall be fair and equitable.

#### Article 6

##### Subrogation

Where one Contracting Party or an institution authorized by it makes payments to its investor in virtue of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall without prejudice to the rights of the investor of the first Contracting Party under Article 8 of the present Agreement and to the rights of the first Contracting Party under Article 9 of the present Agreement recognize the assignment to the first Contracting Party of all rights and claims of this investor under a law or pursuant to a legal transaction. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such rights or claims which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, Article 4 and Article 5 of the present Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

### Article 7

#### Other Obligations

(1) If the provisions of law of either Contracting Party or international obligations existing at present or established thereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement, contain a rule, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such rule shall to the extent that it is more favourable prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any contractual obligation it may have entered into towards an investor of the other Contracting Party with regard to investments approved by it in its territory.

### Article 8

#### Settlement of Investment Disputes

(1) Any dispute arising out of an investment, between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute according to paragraph (1) cannot be settled within three months of a written notification of a sufficiently detailed claim, the dispute shall upon the request of the Contracting Party or of the investor of the other Contracting Party be submitted for conciliation or arbitration to the International Centre for Settlement of Investment Disputes, established by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, opened for signature at Washington on 18th March, 1965.<sup>1</sup> In case of arbitration, each Contracting Party, by this Agreement irrevocably consents in advance, even in the absence of an individual arbitral agreement between the Contracting Party and the investor, to submit any such disputes to this Centre and to accept the award as binding. This consent implies renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical resorts should be exhausted.

(3) The award shall be final and binding; it shall be executed according to national law; each Contracting Party shall ensure the recognition and enforcement of the arbitral award in accordance with its relevant laws and regulations.

(4) A Contracting Party which is a party to a dispute shall not, at any stage of conciliation or arbitration proceedings or enforcement of an award,

raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received in accordance with a guarantee indemnity in respect of some or all its losses.

### Article 9

#### Disputes between the Contracting Parties

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled through amicable negotiations.

(2) If a dispute according to paragraph (1) cannot be settled within six months it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman. Such members shall be appointed within two months from the date one Contracting Party has informed the other Contracting Party, that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal, the chairman of which shall be appointed within two further months.

(4) If the periods specified in paragraph (3) have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either of the Contracting Parties or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President or in case of his inability the member of the International Court of Justice next in seniority should be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

(5) The tribunal shall establish its own rules of procedure.

(6) The arbitral tribunal shall reach its decision in virtue of the present Agreement and pursuant to the generally recognized rules of international law. It shall reach its decision by a majority of votes; the decision shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The tribunal may, however, in its decision determine another distribution of costs.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.



**Article 10****Application of the Agreement**

This Agreement shall apply to investments made in the territory of one of the Contracting Parties in accordance with its laws and regulations by investors of the other Contracting Party prior to as well as after the entry into force of this Agreement.

**Article 11****Entry into Force and Duration**

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month that follows the month during which the instruments of ratification have been exchanged.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years; it shall be extended thereafter

for an unlimited period except if denounced in writing by either Contracting Party twelve months before its expiration.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Article 1 to 10 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

DONE in Vienna, on 14<sup>th</sup> March, 1991, in duplicate, in the German, Korean and English languages, all three texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation between the texts of this Agreement, the English text shall prevail.

For the Republic  
of Korea:

CHANG-CHOON LEE

For the Republic  
of Austria:

Dr ALOIS MOCK

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE CORÉE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République de Corée,

Ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Désireuses de renforcer la coopération économique dans l'intérêt commun des deux pays,

Souhaitant créer des conditions favorables aux investissements des investisseurs de chacune des Parties contractantes sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements sur la base du présent Accord stimulent les initiatives commerciales individuelles dans ce domaine,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord,

1) Le terme « investissement » désigne toutes les valeurs en capital, en particulier mais non exclusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques, les droits de rétention, les droits de gage, les droits de jouissance et les droits analogues;

b) Les actions et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les dessins et modèles industriels, ainsi que les modèles déposés, les procédés techniques, le savoir-faire, les noms commerciaux et la clientèle;

e) Les concessions de droit public permettant de prospecter, d'extraire ou d'exploiter des ressources naturelles;

2) Le terme « investisseur » désigne, en ce qui concerne les Parties contractantes :

a) Toute personne physique possédant la nationalité de l'une des Parties contractantes, conformément à la législation de celle-ci, qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> novembre 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Séoul le 30 août 1991, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

b) Toute personne morale, ou société commerciale, créée conformément à la législation de l'une des Parties contractantes, qui a son siège sur le territoire de l'autre Partie contractante;

3) Le terme « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes, les droits de licence et les autres rémunérations;

4) Le terme « expropriation » comprend aussi les nationalisations et toutes autres mesures ayant un effet identique.

### *Article 2*

#### ENCOURAGEMENT ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante, les y autorisera conformément à sa législation et les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Les investissements visés au paragraphe 1 du présent article et leurs produits jouiront de l'entière protection prévue dans le présent Accord. Il en va de même, sous réserve des dispositions du paragraphe 1, des produits des éventuels réinvestissements. L'extension, la modification ou la transformation légitimes d'un investissement sont considérées comme un nouvel investissement.

### *Article 3*

#### TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investisseurs de l'autre Partie contractante et les investissements qui ont été réalisés sur son territoire, y compris le produit de ces investissements, de manière au moins aussi favorable que les investissements de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

2) Chacune des Parties contractantes traitera sur son territoire l'activité des investisseurs de l'autre Partie contractante relative à la gestion, l'exploitation, l'utilisation ou la jouissance de leurs investissements, de manière juste et équitable et au moins aussi favorable que l'activité de ses propres investisseurs ou des investisseurs d'Etats tiers.

3) Les dispositions du présent Accord selon lesquelles le traitement des investisseurs de l'autre Partie contractante ne sera pas moins favorable que celui qui est accordé aux investisseurs d'un Etat tiers et à leurs investissements ne peuvent être interprétées comme obligeant une Partie contractante à accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante et à leurs investissements l'avantage présent ou futur d'un traitement, d'une préférence ou d'un privilège résultant :

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre-échange ou de l'appartenance à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention internationale ou de dispositions intérieures en matière fiscale;

c) D'une réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier.

#### Article 4

##### INDEMNISATION

1) Les investisseurs d'un Etat contractant ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation. Cette indemnisation doit correspondre à la valeur réelle que l'investissement avait immédiatement avant le moment où l'expropriation effective ou la menace d'expropriation a été officiellement connue. Elle doit être versée sans délai injustifié et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été réalisé; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation.

2) Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital une société qui doit être considérée comme sa propre société en application du paragraphe 2 de l'article premier du présent Accord et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle appliquera les dispositions du paragraphe 1 du présent article de façon à assurer une indemnisation proportionnelle à cet investisseur.

3) L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui en est à l'origine.

4) L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement soit par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation, soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 8 du présent Accord.

#### Article 5

##### RAPATRIEMENT ET TRANSFERTS DE CAPITAL ET DE PRODUITS DU CAPITAL

1) Chacune des Parties contractantes autorisera sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et en devises librement convertibles les versements qui se rapportent à un investissement, en particulier mais non exclusivement :

a) Le capital et les sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

b) Les sommes fixées pour couvrir les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;

c) Les produits;

d) Les remboursements d'emprunts;

e) Le produit de la liquidation ou de la cession totales ou partielles de l'investissement;

f) Les indemnisations visées au paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord.

2) Les transferts visés au présent article se feront au cours en vigueur le jour du transfert.

3) Les taux de change seront déterminés par le système bancaire de chacune des Parties contractantes. Les commissions bancaires seront équitables et appropriées.

#### Article 6

##### SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à son investisseur, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie visés à l'article 8 et des droits de la première Partie visés à l'article 9 du présent Accord, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un acte juridique, de tout droit ou prétention de cet investisseur. L'autre Partie contractante reconnaîtra en outre la subrogation de la première Partie contractante à tous les droits ou prétentions en question que la première Partie sera habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4 et 5 du présent Accord s'appliquent par analogie.

#### Article 7

##### AUTRES OBLIGATIONS

1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emportera sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2) Chacune des Parties contractantes respectera toute obligation contractuelle qu'elle aura contractée vis-à-vis des investisseurs de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

#### Article 8

##### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable.

2) Si un tel différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 du présent article dans un délai de 3 mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il sera soumis pour conciliation ou arbitrage, sur la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements créé par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965<sup>1</sup>. En cas d'arbitrage, chaque Partie contrac-

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

tante accepte d'avance et irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord individuel d'arbitrage entre une Partie contractante et un investisseur, de soumettre de tels différends au Centre et de reconnaître la décision arbitrale comme obligatoire. Cette acceptation implique le renoncement à l'obligation d'épuisement des recours internes administratifs ou juridiques.

3) La décision sera définitive et obligatoire; elle sera exécutée conformément au droit intérieur; chaque Partie contractante veillera à faire reconnaître et exécuter les décisions arbitrales conformément à sa législation en la matière.

4) Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoquera à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une police d'assurance une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

### *Article 9*

#### DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront, dans la mesure du possible, réglés par des négociations à l'amiable.

2) Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des deux Parties contractantes.

3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord le ressortissant d'un Etat tiers comme président. Les membres du tribunal seront nommés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

4) Si les délais visés au paragraphe 3 du présent article ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice sera invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

5) Le tribunal arbitral réglera lui-même sa procédure.

6) Le tribunal arbitral prendra ses décisions en fonction du présent Accord et des règles généralement reconnues du droit international. Il se prononcera à la majorité. Ses décisions seront définitives et obligatoires.

7) Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais seront répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal pourra toutefois fixer dans sa décision un autre mode de répartition des frais.

*Article 10*

## APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Le présent Accord s'appliquera aux investissements existants et à venir réalisés avant et après son entrée en vigueur par les investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à sa législation.

*Article 11*

## ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE

1) Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

2) Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de douze mois.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 s'appliqueront encore pendant dix ans à compter de cette date.

FAIT à Vienne le 14 mars 1991 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande, coréenne et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, c'est le texte anglais qui prévaut.

Pour la République  
d'Autriche :

ALOIS MOCK

Pour la République  
de Corée :

CHANG-CHOON LEE

---

